

UN-Preis für Initiative zu Klimarisikoversicherungen für die Ärmsten Germanwatch gratuliert Munich Climate Insurance Initiative zur Auszeichnung mit Momentum for Change Award

geschrieben von Andreas | 16. November 2017
Pressemitteilung Germanwatch

Bonn (14. Nov. 2017). Die Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch begrüßt die Auszeichnung der Munich Climate Insurance Initiative (MCII) mit dem renommierten Momentum for Change Award des UN-Klimasekretariats. „Wir gratulieren MCII und wir freuen uns sehr. Die Initiative, an der wir von Beginn an mitgearbeitet haben, hat maßgeblichen Anteil daran, dass heute Klimaversicherungsinstrumente für die Armen so konzipiert werden, dass dies Risiken verringert und nach Katastrophen eine schnellere Erholung von Regionen erlaubt“, sagt Klaus Milke, Vorsitzender von Germanwatch, vor der heute Abend stattfindenden Auszeichnung bei der Weltklimakonferenz in Bonn. „MCII hat das Thema bei den Vereinten Nationen, der G7 und der G20 konstruktiv und kritisch vorangetrieben und begleitet. Und sie hat prägnante Lernerfahrungen vor Ort – etwa in der Karibik – ermöglicht. MCII zeigt, wie das Zusammenspiel von Zivilgesellschaft, Unternehmen und Wissenschaft konstruktive Impulse für die Politik und vor Ort geben kann.“

Der Momentum for Change Award zeichnet besonders innovative und praxisnahe Beispiele dafür aus, was Menschen auf der

ganzen Welt im Kampf gegen den Klimawandel tun. Ausgewählte Initiativen werden als „Leuchtturmaktivitäten“ bezeichnet. MCII ist eine von 19 Leuchtturmaktivitäten, die in diesem Jahr geehrt werden.

MCII wird insbesondere für seine Arbeit zum Umgang mit den Folgen des Klimawandels durch Versicherungsansätze in der Karibik ausgezeichnet. Die Initiative hat hier gemeinsam mit Kreditgenossenschaften, Bauerngenossenschaften und Verbänden ein auch für arme Menschen bezahlbares Mikroversicherungsprodukt zur Abdeckung extremer Wetterschäden konzipiert und umgesetzt. Diese Versicherung richtet sich an Einzelpersonen und schützt die Lebensgrundlage von bedürftigen Menschen mit geringem Einkommen, indem sie schnelle, unbürokratische Geldzahlungen nach extremen Wetterereignissen, zum Beispiel Stürmen oder Überflutungen, ermöglicht. So können sie nach einer Katastrophe zügig wieder auf wirtschaftlich eigenen Beinen stehen.

MCII arbeitet zudem daran, auch auf internationaler Ebene die Diskussion um Klimarisikoversicherungslösungen voranzubringen, etwa im Rahmen der G7-Versicherungsinitiative InsuResilience und in den UN-Klimaverhandlungen. Ziel ist, dass insbesondere arme und deshalb besonders verletzbare Menschen von Versicherungsinstrumenten profitieren, die sich eine private Versicherung oft nicht leisten können.

Zu MCII:

Die Munich Climate Insurance Initiative (MCII) ist ein gemeinnütziger Verein, gegründet von Vertreterinnen und Vertretern der Wissenschaft, der Versicherungsbranche und von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) mit Sitz am Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der UN-Universität (UNU-EHS) in Bonn. Die Initiative MCII vereint die Absicht von Versicherern, Experten für Klimawandel und Anpassung, NGOs und Politikforschern, Lösungen für die Risiken des Klimawandels insbesondere für arme und verletzbare Menschen zu finden und klimapolitische Entscheidungsträger über innovative Lösungen

für die Minderung und Versicherung wetterabhängiger Risiken zu informieren. Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch, ist MCII-Gründungsmitglied und stellvertretender Vorsitzender der MCII.

Hinweis: Die Auszeichnung wird heute Abend bei der COP23 in Bonn verliehen.

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

ECOVIN Einführungskurs 2018

geschrieben von Andreas | 16. November 2017
TERMINHINWEISE

Zum 31. Mal bietet ECOVIN den Einführungskurs in den ökologischen Weinbau an. Im Jahr 2018 wird der Kurs auf Kloster Jakobsberg in Rheinhessen stattfinden. Expertenwissen aus Wissenschaft und Praxis des ökologischen Weinbaus wird anschaulich vermittelt. Der Kurs ist für Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter, sowie für Mitarbeitende, Studierende und Auszubildende gleichermaßen geeignet.

Datum: 16.01.2018 – 19.01.2018

Veranstaltungsort: Kloster Jakobsberg | 55437 Ockenheim

[Weitere Informationen zum Programm](#) und zur [Anmeldung](#).

4. ECOVIN.Jungwinzertagung: Divers. Dynamisch. Digital.

Mit dem Titel „Divers. Dynamisch. Digital.“ geht die ECOVIN Jungwinzertagung am 2.-4. März 2018 in die vierte Runde.

Biologisch-dynamischer Weinbau ist voll im Trend. Wir schauen hinter die Kulissen und checken wie dynamisch der biologisch-dynamische Weinbau wirklich ist! Digitalisierung? Klar! Aber wenn, dann mit Vorteilen für Mensch und Natur.

- Euch erwartet ein spannendes Tagungsprogramm mit viel Raum für Diskussion und Austausch!
- Mission: Biologisch-dynamischer Weinbau – alles Hokusfokus oder der Weg in die Zukunft des Weinbaus?
- Sind biologisch-dynamische Weine anders als biologische?
- Digitalisierung: Da geht was! Precision viticulture mithilfe von Drohnen- und Sensortechnik – eine gute Idee? Welche Ansätze gibt es und was ist sinnvoll?

Tagungsort

Jugendhaus St. Christophorus | Bad Dürkheim (Pfalz)

Wir danken unseren Sponsoren: BIOFA, Deutscher Kork-Verband e.V, Erbslöh, Richard Wagner Kellereibedarf, Ero Binger Seilzug & Die Präparatekiste.

Beide Veranstaltungen werden gefördert durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz im Rahmen des Bundesprogramms Ökologischer Landbau und andere Formen nachhaltiger Landwirtschaft, BÖLN.

Weitere Veranstaltungen auf der [Homepage](#)

Kontakt

Susanne Sommer

Kommunikation und Projekte

Mo.-Do. 8 – 16 Uhr & Fr. 8 – 14 Uhr

ECOVIN

Bundesverband Ökologischer Weinbau

Wormser Str. 162

55276 Oppenheim

T + 49 (0)61 33 16 40 | F + 49 (0)61 33 16 09

s.sommer@ecovin.de

Einigung bei den Sondierungen von Jamaika zum Klima – CO2- Preis in Höhe von 40 €/ Tonne für Alle kommt in dieser Legislaturperiode.

geschrieben von Andreas | 16. November 2017

Eilmeldung

Freiburg, den 13.11.2017

So könnte die Pressemitteilung von Jamaika in Sachen Klima aussehen:

Die Verhandlungsführer einigten sich beim Arbeitsfeld Klimaschutz auf die Einführung eines CO2-Preises in Höhe von 40 € pro Tonne(t) noch in dieser Legislaturperiode.

Es gibt damit keine neue Steuer, sondern die Abgabe wird aufkommensneutral auf alle fossile Energieträger wie Kohle, Öl & Erdgas erhoben und mit den Erlösen wird

die EEG-Umlage, die KWKG-Umlage, die Stromsteuer sowie die Steuern auf Erdgas und Heizöl gegenfinanziert. Um etwa 3 € pro Tonne und Jahr muss der CO₂-Preis steigen, um die bestehenden Umlagen und Steuern zu finanzieren. Erstmals werden damit einheitlich die CO₂-Emissionen aus den verschiedenen Sektoren wie Strom, Wärme und Verkehr erfasst und mit einem Preis versehen.

Die CO₂-Bepreisung ist:

Kriterien	Auswirkungen
Verursachergerecht	Wer das Klima schont wird entlastet.
Aufkommensneutral – keine neue Steuer	Die finanziellen Verpflichtungen aus (EEG, KWKG Stromsteuer) werden aus den Einnahmen finanziert.
Einfach	Eine Abgabe statt vieler Umlagen und Steuer führt zu erheblichem Bürokratieabbau.
Wettbewerbsgerecht & marktkonform	Der Preis für Strom aus fossilen Energieträgern wird je nach Treibhausgaspotential steigen und damit aus dem Markt verdrängt. Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Industrie bleibt durch Grenzsteuerausgleich erhalten, Import von Kohle- und Atomstrom aus dem Ausland wird verhindert.
Planungssicher	Führt zu Planungssicherheit und Investitionsanreizen in CO ₂ -arme Technologien.
Sozialverträglich	Deutliche Entlastung der Bürger beim Strom, geringe Mehrbelastung bei Wärme und Kraftstoffen, CO ₂ sparendes Verhalten wird belohnt.
Technologieneutral	Die Technologie, die am wenigsten CO ₂ zum niedrigsten Preis emittiert wird sich durchsetzen.

Die vorliegenden rechtlichen Bewertungen zeigen, dass auch eine nationale CO₂-Bepreisung im nationalen, europäischen und Welthandelsrecht gesetzeskonform umgesetzt werden kann. Auch für die Fragen nach dem möglichen Import von Atom- und/oder Kohlestrom nach Deutschland und der Verlagerung von stromintensiver Industrie ins Ausland (Carbon leakage) liegen konkrete Lösungsansätze vor.

Jamaika lässt dabei für die Koalitionsverhandlungen noch offen, ob der CO₂-Preis von mindestens 40 €/Tonne international, als europäische Initiative oder national aufbauend auf dem Emissionshandel kommt. „Die weiteren Verhandlungen werden zeigen“, so die Verhandlungsführer „ob wir die CO₂-Bepreisung

für Alle zunächst
national einführen müssen oder ob wir gleich entsprechende
internationale
Vereinbarungen durchsetzen können“.

Die Sondierungsgesprächen folgen damit dem Votum der drei
südbadischen MdB,
die sich in dieser Frage bereits zu einer Jamaikakoalition
zusammengefunden
hatten: Kerstin Andreae, Bündnis 90/Die Grünen, Christoph
Hoffmann, FDP und
Armin Schuster, CDU.

Der Beschluss von Jamaika zu einer verursacher-,
marktgerechten,
technologieneutralen und sozial austariert CO2-Bepreisung ist
ein entscheidend
positives Signal für die aktuellen Klimaschutzverhandlung in
Bonn.

Ausführliche Informationen unter: www.co2abgabe.de

Medienkontakt

Dr. Jörg Lange, CO2 Abgabe e.V., +49 (0)761-45893277,
joerg.lange@co2abgabe.de

Mit der Vereinbarung eines wirksamen CO2-Preises für Alle zur
Finanzierung
bisheriger Steuern & Umlagen befolgen die Jamaikakoalitionäre
nicht nur den Rat
namhafter Experten wie z.B. der Expertenkommission der
Bundesregierung zur
Energiewende¹, sondern setzen damit die Forderungen sowohl der
Allianz² aus 11
Wirtschaftsverbänden, Verbraucherschützern und
Gewerkschaftsbund nach einer
Reform der Ökostromumlage zu Lasten anderer staatlicher
Einnahmen um, als auch
der zahlreichen Unternehmen, Verbände und Energieversorger,

wie EON3 und

EnBW, die sich für eine deutlich stärkere CO2-Bepreisung in ähnlicher

Größenordnung als bisher zum Schutz des Klimas ausgesprochen haben.

Anlagen:

Rechtliche Machbarkeit CO2-Bepreisung

<https://co2abgabe.de/wp-content/uploads/2017/10/Machbarkeitsstudie-CO2-Abgabe-W2K-Oktober-2017.pdf>

Diskussionsbeitrag zu verursacher- und sozialgerechten CO2-Preisen

https://co2abgabe.de/wp-content/uploads/2017/10/Diskussionsbeitrag-zu-verursacher-und-sozialgerechten_CO2-Preisen_Okt_2017.pdf

ABO Wind errichtet erstes Projekt im Iran

geschrieben von Andreas | 16. November 2017

Pressemitteilung

- Solarpark soll noch im November ans Netz gehen
- Vorderasiatischer Staat bietet gute Bedingungen für erneuerbare Energien
- Als Vorreiter eröffnete ABO Wind Anfang 2016 Büro in Teheran

(Wiesbaden/Teheran, 16. November 2017) ABO Wind hat mit den Bauarbeiten für den Solarpark Saidabad in der nordiranischen Provinz Semnan begonnen. Mehr als 4.100 Solarmodule und 18 Wechselrichter sind auf der Baustelle eingetroffen. Ende November soll der Solarpark mit einer Leistung von 1,3

Megawatt peak ans Netz gehen. „Mit unserem ersten iranischen Projekt liegen wir gut im Zeitplan“, sagt Florian Lüders, bei ABO Wind für internationale Projektentwicklung zuständiger Abteilungsleiter.

Als europäischer Vorreiter hat ABO Wind bereits Anfang 2016 nach der Aufhebung internationaler Sanktionen ein Büro in Teheran eröffnet. Inzwischen arbeiten dort zehn iranische Kollegen. „Wir haben gelernt, worauf es bei der Beantragung von Lizenzen und Genehmigungen ankommt“, sagt Lüders. „Mit dem Solarpark in Saidabad sammeln wir nun auch wichtige Erfahrungen beim Bau. Das sind gute Voraussetzungen, um in Kürze auch größere Wind- und Solarprojekte umzusetzen.“ ABO Wind verbindet Expertise bei der Planung, Finanzierung und dem Bau internationaler erneuerbarer Energieprojekte mit Wissen über die Bedingungen und Gepflogenheiten im Iran. „Mit dieser Kombination haben wir ein Alleinstellungsmerkmal, das uns die Umsetzung weiterer Projekte ermöglicht.“ ABO Wind arbeitet an mehreren iranischen Wind- und Solarparks, von denen einige bereits kurzfristig realisiert werden sollen.

„Im Iran herrschen hervorragende Bedingungen für den Bau von Erneuerbaren. Es weht viel Wind, die Sonne scheint regelmäßig, es gibt große Potentialflächen und eine staatlich garantierte Einspeisevergütung für 20 Jahre“, sagt Lüders. Dennoch sind Finanzierungen in dem politisch lange isolierten Land weiterhin schwierig. Das erste Projekt im Iran finanziert ABO Wind daher zunächst aus eigenen Mitteln. Als Betreiberin des Solarparks ist die ABO Pionier AG vorgesehen. Die neu gegründete Gesellschaft wird erneuerbare Energieprojekte in Ländern betreiben, in denen diese noch nicht etabliert sind oder höhere politische Risiken herrschen. Sobald die ersten Projekte in Betrieb genommen sind, sollen Anleger die Möglichkeit erhalten, sich an der ABO Pionier AG zu beteiligen. Nach dem gleichen Modell hatte ABO Wind vor nunmehr sieben Jahren die mittlerweile unabhängige ABO Invest AG gegründet, die aktuell ein Portfolio aus Windparks mit

einer Leistung von rund 130 Megawatt betreibt – allerdings ausschließlich in etablierten europäischen Märkten.

Pressekontakt

Dr. Daniel Duben

Projektleiter Kommunikation

ABO Wind AG

Unter den Eichen 7, 65195 Wiesbaden

Tel: (0611) 267 65-577; Fax: -599

Mobil: 0152 567 11 577

daniel.duben@abo-wind.de

www.abo-wind.de

Kohleausstieg: Deutschland verliert den Anschluss

geschrieben von Andreas | 16. November 2017

Pressemitteilung Germanwatch

Germanwatch begrüßt heute vorgestellte Allianz der Länder, die im nächsten Jahrzehnt aus der Kohle aussteigen werden – Kritik an bisheriger Haltung Deutschlands

Bonn (16. Nov. 2017). Heute ist auf der Weltklimakonferenz in Bonn eine von Großbritannien, Kanada und den Marshall-Inseln angeführte Allianz zum Kohleausstieg vorgestellt worden. Deren Mitgliedsländer verpflichten sich, in den nächsten Jahren vollständig aus der Kohleverstromung auszusteigen. Hierzu erklärt Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch: „Der weltweite Abschied von der Kohle hat begonnen und Deutschland droht den Anschluss zu verpassen. Es ist sehr gut, dass eine immer größere Gruppe von Ländern Pläne

zum geordneten Kohleausstieg präsentiert. Wenn Deutschland im internationalen Klimaschutz eine Führungsrolle spielen will, muss die nächste Bundesregierung jetzt auch einen klaren Plan für einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Kohle vorlegen, der zur Umsetzung der Klimaziele passt.“

Klimaszenarien zeigen, dass eine weitere Nutzung der Kohle zur Stromerzeugung und die Erreichung der Pariser Klimaziele nicht miteinander vereinbar sind. Bis zur Mitte des Jahrhunderts muss weltweit der Energiesektor ohne Kohle, Öl und Gas auskommen, in den Industrieländern früher. Dabei muss auf die CO₂-intensivsten Brennstoffe – zuerst die Braun-, dann die Steinkohle – als erstes verzichtet werden. Bsp: „Die Regierung Trump koordiniert den Abwehrkampf gegen den internationalen Kohleausstieg. Deutschland muss jetzt zeigen, dass es auf einem anderen Pfad ist.“ Neben den Initiatoren sind an der Allianz unter anderem Mexiko, Frankreich, Finnland, Neuseeland, Italien und mehrere US-Bundesstaaten beteiligt. Alle diese Länder haben sich zu einem Enddatum für die Kohleverstromung verpflichtet, die Enddaten liegen zwischen 2021 und 2030.

Hinweis an Journalisten/innen bei der COP23 in Bonn: Die Kohleausstiegs-Allianz „Powering Past Coal“ wird heute um 11:45 im Raum der EU-Delegation im Obergeschoss der Zone „Bula 3“ (Nähe Medienzentrum) vorgestellt.

Experten/innen von Germanwatch stehen bei der COP23 für Rückfragen zur Verfügung.

Kontakt und Kontaktvermittlung für Medien:

Stefan Küper

Pressesprecher Germanwatch

(am besten per Handy erreichbar)

Germanwatch e.V.

Dr.Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19

mobil: 0151 / 252 110 72

E-Mail: kueper@germanwatch.org

www.germanwatch.org

COP23: German youth represents present claims to UN-Climate Conference in Bonn

geschrieben von Andreas | 16. November 2017

The younger generation of today will be particularly affected by climate change and the policy decisions made to protect against it. That's why the German Federal Ministry for the Environment (BMUB) invited young people between the ages of 16 and 25 to participate in a dialogue on climate change and climate policy. Participants of the dialog "Our Climate! Our Future!" presented today the results at COP 23 to UNFCCC and the Federal Ministry for the Environment.

In total, about 200 young people took part in the youth dialogue. They exchanged and gained information, formulated opinions, developed new ideas for the future and created a youth report on their results.

Their main claims:

- "Germany needs to stop using fossil fuels. We demand that our politicians put an immediate end to the subsidization of fossil fuels. In addition to the end of our use of coal, we also demand a decisive end to nuclear energy and a ban on

fracking. The subsidy funds should instead be used to support areas affected by this structural change. For example, retraining programs for workers affected by this change should be funded.

- At the same time, massive government support should go to the development of renewable energies and energy storage technologies, as well as to an integrated European electricity grid, in order to enable energy independence in Germany. For a decentralized energy revolution to take place, there needs to be more funding programs that support diverse alternative methods like small wind power generators on roofs and zero-energy houses.

- Green Roofs New building projects in the future need to have extensive green roof systems. This should be the responsibility of the federal, state, and local governments. CO2 emissions can be drastically reduced through the use of green roofs. Additionally, sustainable building materials and CO2 reducing plants should be especially promoted.

- Legislation against Food Waste Something must be done to end food waste. We want the Bundestag to pass effective legislation to reduce the amount of food wasted in this country. This legislation should include, among other things, the decriminalization of “dumpster diving” and tools to promote seasonal and regional products.

The full content of the Youth Report “Our Climate! Our Future!” you find here:

Report:

www.cop23.de/fileadmin/Daten/PDF/jugendreport_ukuz_en_bf.pdf

Appendix:

www.cop23.de/fileadmin/Daten/PDF/jugendreport_ukuz_anhang_en_bf.pdf

Best regards,

Press office

Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation,
Building and Nuclear Safety
Stresemannstraße 128-130
10117 Berlin

Mit dem CO2-Preis im Koalitionsvertrag kommt auch der Kohleausstieg

geschrieben von Andreas | 16. November 2017
Medieninfo

Berlin/ Freiburg, 9.11.2017: In die finale Phase der Sondierungsgespräche bringt der CO2 Abgabe Verein gemeinsam mit UnternehmensGrün und 83 weiteren Unternehmen und Verbänden erneut einen konkreten Lösungsvorschlag für die wirksame CO2-Bepreisung mit Rückbau aller anderen Umweltafgaben auf Energie ins Spiel.

Die bisherige Verständigung der möglichen Jamaika-Koalition auf die Einhaltung des Pariser Klimaabkommen ist der völlig unzureichende, kleinstmögliche Nenner.

Der aktuelle Appell von 52 deutschen Unternehmen für mehr Klimaschutz vom

7.11.2017 hat dies deutlich gemacht. Auch er hält für die neue Legislaturperiode

„einen verlässlichen und sozialverträglichen Ausstiegspfad bei der Kohleverstromung

für unverzichtbar und fordert dazu und „einen

investitionsrelevanten CO₂-Preis“.

Die Sondierungsgespräche für Jamaika müssen darüberhinaus aber Antworten auf die Frage finden: „Wie kommt man zu wirksamen CO₂ Preisen?“

Die Mitgliedsunternehmen des CO₂ Abgabe e.V. und UnternehmensGrün gehen hier einen entscheidenden Schritt weiter auf die Politik zu und zeigen auf, wie Kohleausstieg und Klimaschutz durch eine CO₂-Bepreisung über den Emissionshandel hinaus gelingen können.

Die unterzeichnenden Unternehmen und Verbände unterstützen hierzu den offenen Brief (vgl. Anhang) vom 7.11.2017 des CO₂ Abgabe e.V. an die Koalitionäre, der u.a. folgende Leitplanken für einen Passus im Koalitionsvertrag formuliert:

□

- Die Ausrichtung der Besteuerung der fossilen Energieträger (Mineralölprodukte, Erdgas und Kohle usw.) an ihrem Treibhausgaspotenzial statt wie bisher an ihrem Energiegehalt.

□

- Eine Konkretisierung und Ausweitung einer CO₂-Bepreisung auf alle Sektoren (Strom, Wärme, Verkehr), die konform zum Europäischen Emissionshandel ist.

□

- Die Verwendung der Einnahmen aus einer CO₂-Bepreisung zur Entlastung der Bürger und Unternehmen, u.a. zur Reduktion der EEG-

Umlage und

Neuorientierung der energiebezogenen Steuern und Umlagen am Klimaschutz.

□

- Aufbauend auf dem EU-ETS und nationalen CO₂-Bepreisungen eine Initiative zu beschließen, die wirksame CO₂-Preise in allen Sektoren auf europäischer Ebene einführt.

Anlagen:

Offener Brief des CO₂ Abgabe e.V. unter:

https://co2abgabe.de/wp-content/uploads/2017/11/Offener_Brief_Jamaika_2017_11_07.pdf

Rechtliche Machbarkeit CO₂-Bepreisung

[https://co2abgabe.de/wp-content/uploads/2017/10/Machbarkeitsstudie-CO₂-Abgabe-W2K-Oktober-2017.pdf](https://co2abgabe.de/wp-content/uploads/2017/10/Machbarkeitsstudie-CO2-Abgabe-W2K-Oktober-2017.pdf)

Medienkontakt

Dr. Jörg Lange, CO₂ Abgabe e.V., +49 (0)761-45893277,
joerg.lange@co2abgabe.de

Dr. Katharina Reuter, UnternehmensGrün e.V., Mobil: +49 (0) 178 44 81991
reuter@unternehmensgruen.de

**66.800 Tonnen Müll jährlich –
Wegwerfhandtücher aus Papier
produzieren mehr Abfall als**

Einweg-Kaffeebecher und Plastiktüten

geschrieben von Andreas | 16. November 2017

Köln, 13. November 2017: In Deutschland werden rund 100 Millionen Einweg-Papierhandtücher am Tag verbraucht. Das geht aus dem Branchenreport „Euromonitor, Tissue and Hygiene Research 2017“ hervor. Dadurch entsteht nicht nur viel Müll, Papierhandtücher haben auch eine schlechte CO2-Bilanz. Und im Gegensatz zu anderen Einwegprodukten wie etwa Plastiktüten geht der Verbrauch nicht zurück, sondern nimmt deutlich zu. Dabei gibt es auch für Papierhandtücher Alternativen.

In Deutschland wurden 2016 Einweg-Papierhandtücher mit einem Gewicht von 66.800 Tonnen genutzt. Bei einem Gewicht von 1,5 bis 2 Gramm je Tuch sind das 38 Milliarden Tücher insgesamt, die jährlich in Gaststätten, Büros und öffentlichen Sanitäranlagen aus den Spendern gezogen werden. Die Branche geht dabei von einer weiteren Absatzsteigerung von etwa einem Prozent jährlich bis zum Jahr 2021 aus. Zum Vergleich: Pro Jahr gehen rund 2,8 Milliarden Coffee-to-go-Becher über die Ladentheke.

Papierhandtücher landen durchweg im Müll. „Einweghandtücher bestehen oft aus Frischfasern, werden nicht mehr recycelt und gehen damit dem Papierkreislauf endgültig verloren“, erklärt Henning von Gagern, Director Professional bei Dyson. Eine Studie des Umweltbundesamtes hat schon 2014 festgestellt, dass jede Händetrocknung mit Papierhandtüchern mit etwa 4,5 Gramm CO2-Äquivalent in der persönlichen Klimabilanz zu Buche schlägt. So verursacht allein das Abtrocknen nach dem Händewaschen in betrieblichen Waschräumen (25 Milliarden Besuche jährlich) über 100.000 Tonnen CO2-Emissionen.

Einweg-Kaffeebecher, Plastiktüten und KaffEEKapseln stehen als unnötige Umweltsünden des Alltags zu Recht in der Kritik. Wegen der damit verbundenen Ressourcenverschwendung und dem Abfallanfall wird ihr Gebrauch bereits gesetzlich eingeschränkt und die Verbrauchszahlen gehen teilweise zurück.

Wegwerfhandtücher lassen sich ebenso leicht vermeiden. Sogenannte Jetstreams, also Händetrockner mit hohen Luftgeschwindigkeiten und ohne Erwärmung der Luft, weisen laut dem deutschen Umweltbundesamt „unter anderem in der Wirkungskategorie Treibhausgaspotential die geringste Belastung auf“. Eingeschränkt sinnvoll sind Baumwollhandtücher: Durch den aufwendigen Anbau der Baumwollpflanzen und die Energie, die für die Reinigung der Tücher verbraucht wird, ist deren Umweltbilanz zwar etwas besser als die von Papierhandtüchern und Warmlufttrocknern. Insgesamt ist ihre Bilanz aber deutlich schlechter als die von Kaltlufttrocknern.

Weitere Daten und Quellen zu Wegwerfartikeln finden Sie in dem Hintergrundpapier „Wegwerf-Irrsinn: 4 Dinge, die richtig Müll machen“, im Internet unter www.mynewsdesk.com/de/dyson/documents/factsheet-umweltsuenden-einweg-im-alltag-72696. Bildmaterial im Dyson Newsroom unter <http://www.dyson.de/presse>.

Bei Rückfragen und für weitere Informationen wenden Sie sich gerne an:

Dyson Unternehmenskommunikation

Daniele Müller • 0221/ 50 600 – 148

Dyson GmbH • Lichtstraße 43e • 50825 Köln • Fax: 0221/50 600 – 190

Votum des Oberlandesgerichts Hamm: Großemittenten sind verantwortlich für Folgen des Klimawandels

geschrieben von Andreas | 16. November 2017
Pressemitteilung Germanwatch

Der 5. Zivilsenat des OLG Hamm hat heute Rechtsgeschichte geschrieben: Er hat klar zu erkennen gegeben, dass große Emittenten wie RWE grundsätzlich verpflichtet sind, Betroffene von Klimaschäden in armen Ländern zu unterstützen. Damit geht die Klimaklage von Saúl Luciano Lliuya gegen RWE in die nächste Phase. Am 30.11. soll der Beschluss zur Beweisaufnahme verkündet werden. Im Rahmen dieser muss dann gezeigt werden, dass die Belege in diesem Einzelfall reichen, um RWE zu den geforderten Zahlungen zu verpflichten. Das heutige Votum des Gerichts hat aber schon jetzt Bedeutung für sehr viele vom Klimawandel bedrohte Menschen.

Hamm (13. Nov. 2017). Der als „Klimaklage“ bekannt gewordene Fall des peruanischen Bergführers und Kleinbauern Saúl Luciano Lliuya gegen RWE geht weiter. Heute hat das Oberlandesgericht Hamm nach knapp dreistündiger Verhandlung deutlich gemacht, dass es bei dem Verfahren in die Beweisaufnahme gehen möchte. Für Luciano Lliuya und seine Anwältin Dr. Roda Verheyen (Hamburg) ist das ein enormer Etappenerfolg. „Der 5. Zivilsenat hat heute Rechtsgeschichte geschrieben. Dieses Votum ist eindeutig“, sagte Verheyen strahlend nach der Verhandlung. „Erstmals meint ein Gericht, dass Mitverursacher des Klimawandels grundsätzlich für den Schutz vor Risiken aufkommen müssen, die anderen infolge der Klimaveränderung entstehen. Dass RWE mitverantwortlich ist für die Gefahren in Huaraz, müssen wir jetzt im Detail beweisen. Das wird noch ein

langer Weg. Aber wir sind sehr zuversichtlich, dass wir die Beweiskette schließen können.“

Auch der Kläger, extra aus Peru angereist, war sichtlich angetan. „Seit zweieinhalb Jahren kämpfen wir nun für unser Recht und für den Schutz vor den Gefahren in Huaraz. Und jetzt wird offensichtlich, dass auch große Konzerne Verantwortung übernehmen müssen für die Folgen ihres Handelns“, sagte Lliuya. „Wir dürfen endlich zeigen, dass RWE mitverantwortlich ist für die Gefahren durch die Gletscherschmelze in den Anden. Das ist wirklich ein großer Tag für mich, meine Familie sowie alle Menschen in Huaraz und weltweit, die von den Folgen des menschengemachten Klimawandels bedroht werden.“

Das Verfahren ist ein Präzedenzfall, weil es ähnliche Rechtsvorschriften wie die hier angewendete in sehr vielen Ländern gibt. Luciano Lliuya möchte mit der Zivilklage erreichen, dass RWE entsprechend seinem Anteil an der Verursachung des Klimawandels für Schutzmaßnahmen an einem Gletschersee oberhalb der Andenstadt Huaraz aufkommt. Einem Großteil der 100.000-Einwohner-Stadt und damit auch der Familie und dem Haus von Luciano Lliuya drohen wegen der durch den Klimawandel beschleunigten Gletscherschmelze eine akute Flutgefahr. Ein Abbruch des schmelzenden Gletschers über dem vollen See könnte zu einer verheerenden Flutwelle führen, von der laut Studien bis zu 50.000 Menschen direkt betroffen wären. Die für RWE tätige Anwaltskanzlei Freshfields Bruckhaus Deringer lehnt die Anträge jedoch ab, die Vorinstanz – das Landgericht Essen – hatte die Klage abgewiesen. Dieses Urteil der ersten Instanz hält nach dem Votum von heute nicht.

Der Energiekonzern RWE bezeichnet sich selbst als den größten CO₂-Einzelemittenten in Europa. Das Unternehmen ist, so zeigt eine Untersuchung von 2014, für rund ein halbes Prozent aller weltweit seit Beginn der Industrialisierung durch menschliches Handeln freigesetzten Treibhausgasemissionen verantwortlich.

„Die Ausführungen des Oberlandesgerichts machen deutlich, dass es auch dann Verantwortung für gravierende Folgen gibt, wenn

viele zu diesen Folgen beigetragen haben. Das ist eine sehr gute Nachricht für den globalen Klimaschutz und die von den Folgen des Klimawandels bedrohten Menschen in der ganzen Welt“, sagte Klaus Milke, Vorsitzender der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch, die Luciano Lliuyas Anliegen unterstützt und ihn berät. „Der Druck auf große Treibhausgas-Emittenten und die Politik ist mit dem heutigen Tag massiv gewachsen. Es wird nun noch viel mehr darum gehen, sich grundsätzlich mit der Frage zu beschäftigen, wie die großen Verursacher des Klimawandels angemessen zur Verantwortung für den Schutz der Opfer gezogen werden können. Das werden sie schon morgen auf der gerade stattfindenden UN-Klimakonferenz in Bonn zu spüren bekommen. Niemand will eine Prozessflut, aber wir wollen, dass von Klimawandelfolgen bedrohte Menschen nicht hilf- und rechtlos sind.“

Für die Anwalts- und Gerichtskosten des Klägers – damit auch für nun bevorstehende Kosten für Gutachten – in diesem Musterverfahren tritt die Stiftung Zukunftsfähigkeit ein und ruft zu Spenden auf.

Terminhinweis: Der endgültige Beschluss zum Einstieg in das Beweisverfahren wird am 30.11., 12 Uhr, vom OLG Hamm verkündet.

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org

Klima-Risiko-Index unterstreicht Verwundbarkeit der kleinen Inselstaaten

geschrieben von Andreas | 16. November 2017
Pressemitteilung Germanwatch

Immer stärker werdende Stürme machen Inseln und armen Ländern schwer zu schaffen / Einige Staaten regelmäßig von Stürmen, Überflutungen und Hitzewellen heimgesucht / Seit 1997 forderten weltweit mehr als 11.000 Extremwetterereignisse über 520.000 Menschenleben – sie hinterließen Schäden in Billionenhöhe

Bonn (9. Nov. 2017). Kleine Inselstaaten gehören schon heute zu den am stärksten von Extremwetter betroffenen Ländern weltweit. Eine Reihe von Entwicklungs- und Schwellenländern haben mittlerweile regelmäßig mit Wetterkatastrophen zu kämpfen und vor allem ärmere Länder wie Haiti, Sri Lanka oder Vietnam stellt dies vor große Herausforderungen. Dies sind einige der Kernaussagen des heute beim Klimagipfel in Bonn veröffentlichten Globalen Klima-Risiko-Index der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch. Überdies könnte nach jetzigem Stand 2017 das Jahr mit den weltweit größten Schäden durch Extremwetter werden, die jemals registriert wurden.

„Stürme mit nie zuvor beobachteter Wucht haben Inselstaaten zuletzt verheerend getroffen“, sagt David Eckstein von Germanwatch, einer der Autoren des Index. „Haiti wurde 2016 vom stärksten Hurrikan seit über 50 Jahren heimgesucht und Fidschi vom stärksten je dort gemessenen Wirbelsturm. Damit steht Haiti auf Platz 1 und Fidschi auf Platz 3 im Index der am stärksten betroffenen Staaten im Jahr 2016.“ In vielen der

im vergangenen Jahr am stärksten von Unwetterkatastrophen betroffenen Länder gingen zudem extremen Regenfällen Dürren voraus. Dies führte zum Beispiel in Simbabwe (2. in 2016) zu dramatischen Überschwemmungen mit zirka 250 Todesopfern und Tausenden Obdachlosen.

Über die vergangenen 20 Jahre von 1997 bis 2016 betrachtet (Langfrist-Index) – sind Honduras, Haiti und Myanmar die am härtesten getroffenen Länder. Insgesamt kamen in dieser Zeit weltweit mehr als 520.000 Menschen als direkte Konsequenz von über 11.000 Extremwetterereignissen zu Tode. Die wirtschaftlichen Schäden beliefen sich auf etwa 3,16 Billionen US-Dollar (gerechnet in Kaufkraftparitäten, KKP).

Im Langfrist-Index zeigt sich vor allem die große Verwundbarkeit ärmerer Länder, neun der zehn von 1997 bis 2016 meistbetroffenen Staaten sind Entwicklungsländer mit niedrigem oder unterem mittleren Pro-Kopf-Einkommen. „Doch auch Industrienationen müssen aktiver werden im Umgang mit Klimafolgen. Außerdem ist effektiver Klimaschutz auch im Eigeninteresse dieser Länder“, betont Eckstein. „Das sieht man zum Beispiel an den USA, die 2016 mit 267 Todesopfern und rund 47,4 Milliarden US-Dollar Schäden durch Wetterextreme auf Rang 10 lagen.“

Deutschland 2016: 15 Todesopfer und umgerechnet knapp 4 Milliarden Dollar Schäden durch Unwetter

Einige Länder – wie Haiti, Indien, Sri Lanka und Vietnam – wurden in den vergangenen Jahren so oft von Extremwetterereignissen heimgesucht, dass sie kaum Zeit hatten sich zu regenerieren. Eckstein: „Vor allem für kleinere Staaten ist dies eine kaum zu bewältigende Belastung. Dies unterstreicht, wie wichtig es ist, dass arme Länder sowohl bei der Klimawandelanpassung als auch beim Umgang mit Schäden und Verlusten unterstützt werden. Gerade auf dieser Weltklimakonferenz unter fidschianischer Präsidentschaft müssen diese Themen ganz oben auf der Tagesordnung stehen.“

Deutschland – im Langfrist-Index nach Frankreich und Portugal die am drittstärksten betroffene Industrienation (Rang 23) – litt vor allem unter der langen Hitzewelle 2003 mit mehreren Tausend Todesopfern, schweren Stürmen wie dem Orkan Kyrill 2007 und wiederholt aufgetretenen „Jahrhundert-Hochwassern“ an Elbe, Donau und Oder. 2016 (42.) fielen vor allem Überflutungsereignisse und Stürme mit insgesamt fünfzehn Toten und 3,91 Milliarden Dollar Schäden (in KKP) ins Gewicht.

Germanwatch erstellt den Globalen Klima-Risiko-Index auf der Grundlage der NatCatSERVICE-Datenbank des Rückversicherers Munich Re sowie von sozioökonomischen Daten des Internationalen Währungsfonds (IWF). Wenngleich die Auswertungen über die steigenden Schäden und Todesopfer keine einfache Aussage darüber erlauben, welchen Einfluss der Klimawandel bereits bei diesen Ereignissen hatte, so lässt sich doch ein Bild der Verwundbarkeit der Staaten zeichnen.

Hier finden Sie den Globalen Klima-Risiko-Index 2018:
www.germanwatch.org/en/14638

Kontakt für Medien:

Stefan Küper
Pressesprecher

Germanwatch e.V.
Dr.Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
D-53113 Bonn

Tel. +49 (0)228 / 604 92-23, Fax -19
mobil: 0151 / 252 110 72
E-Mail: kueper@germanwatch.org
www.germanwatch.org